ZEITSCHRIFT DER
WÄHLER*INNENGRUPPE
DIE aNDERE
FEBRUAR 2019

DIE aNDERE

1919–2019

100 Jahre Bauhaus. Die Welt im Jubiläumstaumel. Alle feiern ihre Moderne.

Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Ausgabe unserer Wähler*innengruppenzeitung im neuen Jahr wurde von unseren Redakteuren wieder gut gefüllt mit spannenden Themen rund um Potsdam.

Unser Oberbürgermeister-Kandidat **Lutz Boede** hält eine Rückschau auf die OB-Wahl im September 2018. Zudem wagt er einen Ausblick auf die bevorstehende Kommunalwahl im Mai diesen Jahres. **Carsten Linke** berichtet über falsche Traditionspflege der Bundeswehr und bringt Licht ins Dunkel zur Finanzierung beim Dauerbrenner Garnisonkirche. Passend dazu dürfen wir exklusiv die *80 Thesen* von **Matthias Lutter** zum Reformationstag 2018 und dem Wiederaufbau der Garnisonkirche abdrucken. Falls Sie sich gefragt haben wie es mit dem *Rechenzentrum* weitergeht und wie der aktuelle Stand der Planungen zum neuen Kreativquartier ist, erhalten sie Antworten im Artikel von **Frauke Röth** und **Arndt Sändig**. Außerdem wird die Diskussion um den „kriminellen Brennpunkt“ Freundschaftsinsel von **STEN** genauer beleuchtet und **Jan Kuppert** untermauert unsere Position zur Havelspange.

Wieder fand die alljährliche Rotation unserer Fraktion im September statt. Als neue Mitglieder in der letzten Fraktions-Runde vor der Kommunalwahl treten **Nicolas Bauer**, **Katharina Tietz**, **André Tomczak** und **Simon Wohlfahrt** (◂ Foto – v.h.n.v.) für die Themen unserer Wähler*innengruppe in der SVV an. Wir wünschen einen kritischen Blick und gutes Gelingen!

Wie immer freuen wir uns über Anregungen und Kritik und wünschen viel Spaß beim Lesen der Lektüre.

Anja Heigl

Kurznotizen 04
Freundschaftsinsel **Grünanlage ohne Gras** 06
Rechenzentrum **Ein Kunst- und Kreativquartier für Potsdam** 09
Garnisonkirche **Ein Goldenes Kalb für Potsdam** 13
Garnisonkirche **Reformation statt Rekonstruktion** 16
80 Thesen zum Reformationstag 2018 und zum Wiederaufbau der Garnisonkirche 17
Gedenkkultur **Garnison über Generationen** 21
Gedenkkultur **Max-Dortu-Gedenksteinewerfen 2018** 26
Verkehr **Das Monster vom Templiner See** 28
Partizipatorisches Sponsoring durch die ProPotsdam – DIE aNDERE hift gern! Teil 5 30
OB-Wahl 2018 **Eine andere Stadt ist möglich: Kleine Wahlnachlese** 32

Kurznotizen

Krampnitz muss städtisch bleiben

Fragwürdige und undurchsichtige Grundstücksspekulationen in Krampnitz, in die auch SPD-Politiker*innen in Stadt und Land verstrickt waren, haben den Immobilienriesen *Deutsche Wohnen* zum Eigentümer vieler Grundstücke in Krampnitz gemacht. Damit die Stadt hier selbst langfristig noch Grundstücke behält, fordern wir, die Veräußerung großer Flächen an die städtische *ProPotsdam GmbH*. Außerdem sollen Grundstücke in Erbbaupacht an Baugruppen vergeben werden, die preiswerte Wohnungen zum eigenen Bedarf bauen wollen. Unser Ziel ist es, dass die Stadt Potsdam in 100 Jahren noch viele Grundstücke in Krampnitz besitzt und dort selbst über preiswerte Wohnungen verfügt. Wir sind gespannt, ob wir diese Ideen durchsetzen können.

Erhalt der BUGA-Volksparks

Das Entwicklungsgebiet im Bornstedter Feld ist inzwischen schon dicht bewohnt. Die Entwicklung der letzten Jahre hat die vor 25 Jahren festgelegten Entwicklungsziele übertroffen: mehr Einwohner*innen, mehr Jugendliche und mehr Einnahmen aus Grundstücksverkäufen. Aus unserer Sicht ist das Grund genug, den beliebten BUGA-Volkspark in seiner jetzigen Größe zu erhalten. Die geplanten Sozialwohnungen können auch außerhalb der Parkgrenzen gebaut werden. Eine Petition für den Erhalt des Volksparks haben mehr als 4.000 Menschen unterschrieben.

Unterstützung Seenotrettung

In der Novembersitzung beschloss die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag von Grünen, Linken und SPD zur Unterstützung der Seenotrettung im Mittelmeer. DIE aNDERE stellte einen Ergänzungsantrag, der über die bloße Willensbekundung hinaus auch konkrete Maßnahmen beinhaltete, die von der Potsdamer Seebrücken-Initiative vorgeschlagen wurden. Auch dieser Antrag fand eine Mehrheit. In den nächsten Wochen werden wir uns mit dem neuen Oberbürgermeister im Bündnis *Potsdam bekennt Farbe* über die Umsetzung des Beschlusses verständigen.

Rückzahlung KiTa-Gebühren

Seit Monaten wird über die Rückzahlung der zu viel kassierten KiTa-Elternbeiträge diskutiert. Unsere Fraktion hat den ganz einfachen Vorschlag unterbreitet, alle unstrittig zu viel gezahlten Beiträge (Personalkostenanteile und Essengeld) nach der alten Beitragsstaffel zurückzurechnen und -zuzahlen. Für die strittigen Forderungen bis 2015 soll die Stadt den Verzicht auf die Verjährungseinrede erklären. Leider wurde dieser Antrag immer wieder vertagt und zerredet. Zuletzt bezweifelten die anderen Fraktionen sogar, dass z.B. die von den Eltern doppelt bezahlten Essengelder zurückgezahlt werden müssen. Umso erfreulicher ist es, dass nun das erste Gerichtsurteil einen KiTa-Träger zur Rückzahlung verpflichtet.

Kund*innenbefragung in der Ausländerbehörde

Auf Antrag der Fraktion DIE aNDERE beschlossen die Stadtverordneten im November 2018, in der Ausländerbehörde eine Kund*innenbefragung durchzuführen. An der Vorbereitung der Fragen sollen der Migrantenbeirat und die in der Stadt ansässigen Beratungsstellen beteiligt werden.

Kommunale Grundstücksverkäufe

Nachdem im OB-Wahlkampf viel über den Umgang mit städtischen Grundstücken gestritten wurde, brachte unsere Fraktion pünktlich zum Amtsantritt des neuen Oberbürgermeisters **Mike Schubert** Anträge ein, die den Ausverkauf der Stadt stoppen sollen. Der erste Antrag sieht einen Abbruch der laufenden Höchstgebotsverfahren vor und fordert eine Neuausschreibung, bei der Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Vereine mit dem besten Konzept zum Zuge kommen sollen. Das entspricht dem, was **Mike Schubert** auch im Wahlkampf versprochen hatte. Unser zweiter Antrag geht weiter. Mit ihm wollen wir durchsetzen, dass künftig kommunale Grundstücke nicht mehr verkauft werden, sondern höchstens in Erbbaupacht vergeben werden.

Glascontainer in der Innenstadt

Seit langem gibt es in der Potsdamer Innenstadt nicht genug Altglascontainer. Auf unsere Kleine Anfrage 18/SVV/0803 teilte der Oberbürgermeister mit, dass es 13 Standorte für 22.000 Einwohner*innen gibt. Das entspricht einem Anschlussgrad von 1 zu 1.692, obwohl ein Anschlussgrad von 1 zu 993 vorgeschrieben ist. Dennoch schließt die Verwaltung aus, dass Altglascontainer auf Schul- und Verwaltungsgrundstücken oder gar Parkplätzen aufgestellt werden können. Zumindest Humor beweist aber die Antwort auf die Frage, wann endlich wieder genügend Standorte zur Verfügung stehen. „Durch die bevorstehenden komplexen Baumaßnahmen im Innenstadtbereich (z. B. am Alten Markt, an der Plantage etc.) kann dafür kein konkretes Datum benannt werden.“ Wir sind gespannt, ob die Glascontainer im Innenhof der Stadtschlossattrappe oder in der Kaiserstraße stehen werden.

Freundschaftsinsel
Grünanlage ohne Gras

VON STEN

Wer im Laufe dieses Jahres die Polizeiberichterstattung der Potsdamer Lokalzeitungen verfolgt hat, konnte Zeuge davon werden, wie sich ein neuer krimineller Brennpunkt in unser Stadt auftat: „Drogen und Waffen auf der Freundschaftsinsel“, „Zivilpolizei stellt Kiffer auf Freundschaftsinsel“, „Polizei schnappt Dealer und Kiffer in Potsdam“, „Zivile Drogenfahnder unter der Langen Brücke“ lauteten beispielsweise Schlagzeilen in MAZ und PNN. Und obwohl die Polizeistatistik nicht davon zeugt, dass es sich um einen Kriminalitätsschwerpunkt handelt, wurde die polizeiliche Streifentätigkeit verstärkt, auch in Zivil. Und die Überwachung soll sogar noch gesteigert werden: Auf Anfrage der CDU wurde bekannt, dass die Stadtverwaltung prüft, die Freundschaftsinsel zumindest teilweise unter Videoüberwachung zu stellen.

Am Umgang mit dem Cannabis-Konsum auf der Freundschaftsinsel lassen sich beispielhaft aktuelle Mechanismen der Illegalisierung bestimmter Drogen in Deutschland betrachten. Die Freundschaftsinsel eignet sich dafür vor allem aufgrund ihrer Lage mitten in Potsdam, zwischen Hauptbahnhof, der neuen Pseudobarock-Mitte um das Landtagsschloss und dem Wohngebiet an der „Alten Fahrt“. Die kleinteilig strukturierte Grünanlage auf der Freundschaftsinsel, mit Bänken, Wasserspielen, Wiesen, Hecken, Gebüsch, Spielplatz und Wasser ringsherum lockt viele verschiedene Nutzer*innen an. Da finden sich u.a. Rentner*innen mit ihren Hunden, junge Familien auf dem Spielplatz, syrische Großfamilien beim Picknick, Angler mit und ohne Schnapsflasche und/oder Migrationshintergrund und vor allem haufenweise Jugendliche.

Dass die Freundschaftsinsel ein wichtiger Treffpunkt für Jugendliche ist, ist nicht verwunderlich. Ihre verkehrsgünstige Lage neben Haupt- und Busbahnhof macht sie zum idealen Treffpunkt nach der Schule, sie ist der ideale Ausweichort für von der Security aus dem Bahnhofscenter vertriebene Jugendliche, man muss keinen Eintritt zahlen und es gibt keine strengen Benutzungsregeln wie in den Schlossgärten. Faktisch ist sie einer der ganz wenigen kostenlos nutzbaren, niedrig reglementierten und mit einer hohen Aufenthaltsqualität versehenen Orte im Umfeld der Potsdamer Innenstadt. Denn an diesen mangelt es in der wachsenden und jungen Stadt Potsdam generell. Die großen Parks haben Benutzungsordnungen, die außer stillem Flanieren und ehrfurchtsvollem Anblicken jedes Freizeitverhalten verbieten oder Eintritt kosten (Volkspark). Jugendclubs gibt es eine Handvoll, die Skaterhalle wurde, nachdem man ihre Nutzer*innen von der Berliner Polizei hat misshandeln lassen, abgerissen, die *Schiffbauergasse* wurde totsaniert, Bänke im öffentlichen Raum gibt es kaum noch, auf Spielplätzen werden die Eltern kleiner Kinder wütend, wenn Jugendliche auf der Tischtennisplatte sitzen und rauchen … . Auch die selbstverwalteten Einrichtungen in der Stadt (*Kuze*, *Archiv*, *Freiland*, *Olga* ...) können das Bedürfnis nach Räumen zum Sich-Ausprobieren schon lange nicht mehr vollständig erfüllen. Doch genau dafür brauchen Jugendliche Platz: Zum Sich-Ausprobieren, zum Treffen anderer Jugendlicher, zur Interaktion. Und dabei soll ihnen nicht ständig jemand über die Schulter schauen.

Dass unter diesen Bedingungen die Freundschaftsinsel zum großen Outdoor-Jugendclub wird, kann also eigentlich niemanden verwundern. Und dass dort Cannabis konsumiert wird auch nicht. Denn das Ausprobieren und auch das regelmäßige Konsumieren von Drogen gehört für viele Jugendliche zu dieser Lebensphase. Und die allermeisten überstehen das auch völlig unbeschadet. Die Illegalisierung von Cannabis wird dann heute auch zumeist mit Verweis auf jene Jugendlichen legitimiert, die die Kontrolle über ihren Cannabis-Konsum verlieren oder psychische Schäden davontragen. Wer die Kriminalisierung des Drogenkonsums jedoch mit Verweis auf den Jugendschutz befürwortet, ignoriert meist die Folgen, die die Strafverfolgung für die betroffenen Jugendlichen hat. Zwar gehen große Teile der Öffentlichkeit davon aus, dass Kiffen in Deutschland so etwas wie halblegal sei, da es ja Eigenbedarfsregelungen gebe, wonach der Besitz einer bestimmten Menge Cannabis nicht bestraft werden solle. Doch tatsächlich werden die in den letzten Jahren, u.a. durch die Einführung der Eigenbedarfsregelung, unternommenen politischen Schritte, die auf eine sanfte Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums abzielten, in der Realität durch die Strafverfolgungsbehörden unterlaufen. Denn Cannabis-Konsum im öffentlichen Raum wird fast immer von Personengruppen praktiziert, die von der bürgerlichen Gesellschaft als problematisch wahrgenommen werden, z.B. von Gruppen unkontrollierter Jugendlicher, Angehörigen von Subkulturen oder von Migrant*innen. Diese zu disziplinieren und aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben ist eine Erwartung, die explizit oder implizit an die Polizei gerichtet wird. Gerade im Zusammenhang mit der Durchkapitalisierung der Innenstädte und der zunehmenden Vermarktung des öffentlichen Raumes steigt der Druck auf die Polizei, hier für eine entsprechende Umgebung zu sorgen. Unter diesen Umständen ist der (vermutete) Gebrauch von Cannabis, der den verbotenen Besitz logischerweise voraussetzt, ein gern genutzter Anknüpfungspunkt für polizeiliches Einschreiten, für Personalienfeststellungen, Durchsuchungen und die Einleitung von Strafverfahren. Beim Besitz von Kleinstmengen von Cannabis erfolgt die Einstellung der Ermittlungsverfahren im Übrigen oftmals nicht automatisch, da die Feststellung, wieviel Rauschmittel nun in einer bestimmten Menge Gras, Hasch, oder Tabak-Gras-Gemisch vorliegt, oft nur sehr pauschal erfolgt. Jugendliche, die nicht anwaltlich vertreten sind, werden häufig auch für den Besitz kleiner Mengen Cannabis bestraft, was bei Jugendlichen ohne deutsche Staatsbürgerschaft langfristig weitere negative Folgen für deren Aufenthaltsstatus haben kann. Und selbst wenn das Strafverfahren eingestellt wird, wird in der Regel versucht, den Jugendlichen den Führerschein abzunehmen oder ihnen später den Erwerb dessen zu erschweren, was insbesondere für Auszubildende oder arbeitende Jugendliche drastische soziale Folgen haben kann. Statt die Entkriminalisierung von Drogen voranzutreiben wird das Verbot des Cannabis-Besitzes so zunehmend als Instrument zur sozialen Säuberung der Innenstädte benutzt.

Und damit wären wir wieder bei der Freundschaftsinsel. Mit dem Abriss der Fachhochschule und der Errichtung der neuen Stadtmitte zwischen Landtag und Bibliothek entsteht ein neues, hochwertiges und hochreines Quartier, in dem edel gewohnt, teuer geshoppt und kulturell wertvolle Bilder betrachtet werden sollen. Die Freundschaftsinsel als anliegende Grünanlage am Wasser ergänzt diese Perle des Stadtmarketings vortrefflich. Doch die Bewohner*innen der entstehenden Gässchen und die Besucher*innen des *Barberini*, die

auf der Freundschaftsinsel perspektivisch lustwandeln, sollen nicht gestört werden, durch Jugendliche, die hier ihre Freizeit gestalten. Gestützt v.a. auf das Verbot von Cannabis soll hier aufgeräumt werden. Anstatt dafür zu sorgen, dass es in dieser Stadt genug öffentlichen Raum für alle Bewohner*innen gibt, dass Jugendliche nicht in zu kleinen Wohnungen mit ihren Familien zusammengepfercht leben müssen, dass es bei psychischen Problemen, Armut und Gewalt Möglichkeiten gibt, das Leben der Betroffenen effektiv zu verbessern, dass man sich unabhängig von Elternhaus und Schule ausprobieren und seine eigenen Grenzen austesten kann, wird der Aufenthalt Jugendlicher auf der Freundschaftsinsel zum strafrechtlichen Problem erklärt, das mit polizeilichen Mitteln gelöst werden soll, also mit Vertreibung und Bestrafung. Von der Familienfreundlichkeit und Toleranz, auf die man sich in dieser Stadt so gern beruft, sind die Jugendlichen auf der Freundschaftsinsel offenbar nicht umfasst.

Als man hier vor Freiheit und Drogen noch sicher war: HO-Gaststätte auf der Freundschaftsinsel

Rechenzentrum
Ein Kunst- und Kreativquartier für Potsdam

VON FRAUKE RÖTH & ARNDT SÄNDIG

KuK – klingt nach KuK-Monarchie, steht aber für *Kunst- und Kreativwirtschaft*. Während die kaiserliche und königliche Monarchie Österreich-Ungarn, ebenso wie die preußische, vor hundert Jahren ihr Ende fanden, soll es für die Kunst- und Kreativwirtschaft in Potsdam endlich aufwärts gehen. Es soll ein neues KuK-Quartier geschaffen werden. Es kann in Anbetracht des Mangels an Räumen und Möglichkeiten nur ein zusätzliches Angebot sein. Städtische Kulissenarchitekturen des Barock und monarchistischer Prägung sind nichts desto trotz weiterhin sehr beliebt.

Um den Bedarf und die Finanzierung des Projektes zu klären, soll eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Als Auftragnehmerin hat sich ein Team aus *Belius GmbH*, *Multiplicities* und *raumlabor* (kurz BMR – alle aus Berlin) erfolgreich beworben. Knackpunkt des Auftrages ist, dass – im Widerspruch zu den Ergebnissen des Werkstattverfahrens mit den Szenario-Workshops von Anfang 2018 – ein Alternativstandort für das *Rechenzentrum* (RZ) geprüft werden soll. Das RZ soll nach Fertigstellung des Quartiers an der alten Feuerwache im Jahre 2024 abgerissen werden.

Das KuK-Projekt ist symptomatisch für diese Stadt, die Stadtentwicklung, die Kommunikation und die Beteiligungsmöglichkeiten. Es kostet alle Betroffenen wahnsinnig viel Zeit und Energie. Trotzdem lohnt es sich für ein Projekt zu kämpfen, welches hoffentlich bald ein selbstverwaltetes, kreatives und partizipatives sein wird.

Doch erstmal der Blick zurück:

Seit September 2015 wird das RZ als Kreativhaus genutzt. Die *Stadtverordnetenversammlung* (SVV) hat im November 2017 beschlossen, die RZ-Nutzung bis Ende 2023 zu verlängern. Anfang 2018 wurden Szenario-Workshops durchgeführt, welche einen weiteren SVV-Beschluss bewirkten. Dieser forderte die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie für das *Kreativ Quartier3* (KQ³).

Die Szenario-Workshops liefen unter dem Titel „Kunst und Kreativwirtschaft in der Potsdamer Mitte“. Für die Moderation dieser Workshops wurde nicht die stadteigene Beteiligungswerkstatt, sondern ein kommerzielles Unternehmen engagiert. Unter den zugelassenen Teilnehmer*innen war zwar die *Stiftung Garnisonkirche*, aber weder das Bündnis *Stadtmitte für alle*, noch die Initiative *Potsdamer Mitte neu denken*. Wie wenig neutral die gefundene Moderation tatsächlich war, zeigte bereits der erste Workshop, als alle Ideen und Vorschläge abgelehnt worden, die über die Suche nach einem Alternativstandort für das Rechenzentrum hinausgingen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es nicht um die öffentlich verkündete

„Zukunft der Kreativwirtschaft in der Potsdamer Mitte“ ging, sondern darum, das Rechenzentrum als bisherigen Standort abreißen zu können. Genau dies haben die Stadtverordneten im Juni 2018 unter Protest der an den Szenario-Workshops beteiligten Kreativen auch beschlossen. Die kritischen Pressemitteilungen sind auf den Homepages des FÜR e.V., der *Kulturlobby*, von PMND und auf *potsdam-stadtfueralle.de*[1] nachzulesen.

Bereits 2017 und 2018 haben *Stadtmitte für alle* und das RZ selbst die Raumbedarfe ermittelt. Fast 200 Akteure wurden damals befragt. Rund 20.000 qm Nutzfläche (NF) wurden als notwendig erachtet (zum Vergleich: Das RZ hat ca. 5.000 qm NF.). BMR bestätigte aktuell diesen Flächenbedarf durch eigene Recherchen. Circa 18.000 qm NF sind aktuell notwendig um der KuK-Szene den Raum zu geben, den sie braucht.

Worum geht es uns:

Es geht neben der Schaffung eines Quartiers darum, eine erneute Ausgrenzung von Interessengruppen zu verhindern und das Nichtinteresse der Stadt an Mitbestimmung im gesamten Prozess zu durchbrechen und damit verbundene Scheinbeteiligungen auf ein Minimum zu reduzieren. Dies war gleich beim ersten Termin der Lenkungsgruppe im August notwendig. Die Ausschreibung zur Machtbarkeitsstudie sollte ohne Mitwirkung der Kreativen und Betroffenen erfolgen.

Der beschlossene Zeitplan ist eng, sehr eng. Wiederholt sind zwischen Informationsterminen und Beschlussfassung der SVV nur wenige Tage bzw. ein Wochenende angesetzt. Ernsthafte Korrekturen oder Einflussnahmen sind also nicht zu erwarten. Es verwundert auch, dass die *Stiftung Garnisonkirche* in der Lenkungsgruppe sitzt, obwohl es nicht um deren Grundstücke und Belange geht. Andere Grundstücksnachbarn, wie das Studentenwerk des Landes, sind nicht integriert.

Es geht uns um die nachhaltige Entwicklung eines Areals, welches von Künstler*innen, Kreativen, Initiativen, großen und kleinen Unternehmen und Kultureinrichtungen genutzt wird. Das Kreativquartier ist neben dem Ort der Arbeit und Produktion ein Ort der Rezeption, des Austausches, der Begegnung für Akteur*innen aus Kunst, Kultur, Stadtgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft, ein lebendiger Ort in der Stadtmitte, von und mit den Menschen dieser Stadt gestaltet und belebt.

Das KQ³ soll gemeinwohlorientiert arbeiten und wirtschaften. Die Organisation handelt selbstbestimmt und partizipativ. Der Ort soll langfristig zu bezahlbaren Konditionen entwickelt und vor privatwirtschaftlichen Interessen gesichert werden. Durch finanzstarke Nutzer*innen sollen finanziell schwächere in einem solidarischen Prinzip unterstützt werden. Das Haus lebt und entwickelt sich durch die Vielfalt und Offenheit seiner Nutzenden. Es geht nicht darum, nur gewinnorientierten KuKs ein Raum zu geben, sondern auch denen, die mit ihrer künstlerischen und kreativen Arbeit in die Stadt zurückwirken und die mit sozialen Strukturen vernetzt sind.

[1] **http://www.potsdam-stadtfueralle.de/2018/05/29/kreative-und-kulturaktivistinnen-kritisieren-beschlussvorlage-der-stadt/**

Mit seinen Veranstaltungen und Nutzungsmöglichkeiten für Tagungen und Initiativen, ähnlich eines Stadtteilzentrums, welches der Innenstadt immer noch fehlt, soll das Haus weit über die Kreativszene hinaus ausstrahlen und ein barrierefreier Treffpunkt für ganz Potsdam werden.

Unser Ziel ist der (Teil-)Erhalt des Gebäudes des ehemaligen Rechenzentrums. Mit einem preiswerten, ökologischen und nachhaltigen Umbau wird die kleinteilige Raumstruktur des Bestandsgebäudes um weitere Qualitäten ergänzt. Das Areal aus alten und neuen Gebäuden – wie dem Rechenzentrum und dem KQ³, der Plantage, dem Wohnquartier, dem sakralen Raum (Nagelkreuzkapelle) und einem neuen Museum (zu Nationalismus und Militarismus in Potsdam) – wäre ein Ensemble, welches die spannungsgeladene Historie des Ortes zeigt und sich mit ihr auseinandersetzt. Nicht nur privat, sondern gesamtgesellschaftlich und öffentlich.

Welche Betreibermodelle in Frage kommen und was am besten für die Nutzenden passt, soll zu Beginn 2019 intensiv diskutiert und auf den Weg gebracht werden. Nachdem in den letzten Jahren die Vergabe der Grundstücke der Stadt fast ausschließlich durch den Verkauf zum Höchstgebot umgesetzt wurden, haben wir uns erneut für Erbbaupacht eingesetzt. Nun ist es eine Option, die ernsthaft vonseiten der Stadt in Erwägung gezogen und im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht wird. Eine andere Variante wäre die kostenlose Einbringung des städtischen Grundstücks in eine neu zu gründende Bauträgergemeinschaft.

© Michael Lüder

Wo stehen wir:

In den letzten Wochen haben wir uns mit der Machbarkeitsstudie auseinandergesetzt. Mit der Studie soll unter anderem festgelegt werden, wie die Nutzerstruktur aussehen soll; die bauliche Struktur und der Städtebau sollen definiert werden. Lösungsvorschläge zum Flächenbedarf in Potsdam, Betreibermodell und Finanzierung sollen bis Ende Februar auf dem Tisch liegen. Diese sollen zum Teil wieder die Grundlage für ein Werkstattverfahren, vor allem aber für eine SVV-Beschlussvorlage werden.

Auf dem weiteren Weg bis 2023 sind viele Hürden zu nehmen. Ein wichtiger Punkt ist die Finanzierung, die aktuelle Entwicklung der Baukosten und der damit zu erwartenden Miete. Die seit September geltende Mietkostensteigerung im RZ von sieben auf rund zehn Euro hat ja bereits zu Verdrängungen von Kreativen und Künstlern geführt. Grob kalkulierte Mietpreise von 12 oder 13 Euro für das KQ³ würden zwar Raum bieten, eine Nutzung in unserem Sinne aber stark erschweren.

Eine weitere Problematik stellt der enge Zeitplan dar. Dieser Zeitplan begründet für den Auftraggeber die fehlende Mitbestimmung der Potsdamer am Entwicklungsprozess und eine angemessene Planungszeit für den Entwurf des Gebäudes und der zugehörenden Anlagen. Darüber hinaus erzwingt er für alle ehrenamtlich am Prozess Beteiligten Marathonqualitäten mit Sprinteinlagen.

Auch die konservativen Parteien im Rathaus (von SPD bis AfD) stellen ein Problem dar. Ihnen ist die Baufreiheit für die gesamte Garnisonkirche und den Stadtkanal wichtiger als das RZ und das denkmalgeschützte Eisel-Mosaik. Schon in den ersten Gesprächsrunden wurde klar, dass ihnen die Wiederherstellung (nicht nur die behutsame Annäherung) des Stadtgrundrisses von 1850 prioritär gegenüber der Funktionalität des KQ³ ist.

Wir wollen mit dem Projekt ein neues Potsdam denken. Ein Potsdam, das für seine Bewohner plant und deren Bedürfnisse ernst nimmt. Ein Potsdam, das progressiv oder wenigstens einfach mal zeitgemäß ist. Ein Potsdam, welches Grund und Boden nicht zur kurzfristigen Sanierung des Haushalts nutzt, sondern als Sicherung langfristiger gesamtgesellschaftlicher und sozialer Stadtplanung. Mit einem Kreativquartier, das der gesamten KuK-Szene offensteht, mit der Stadt im Dialog ist und über die Stadtgrenzen hinweg ausstrahlt.

Garnisonkirche

Ein Goldenes Kalb für Potsdam

VON CARSTEN LINKE

Die Einweihung des Glockenspiels in einer Iserlohner Kaserne galt 1987 als Startschuss des Wiederaufbaus der ehemaligen Hof- und Garnisonkirche. 30 Jahre später, im Oktober 2017, fand ein Baustartgottesdienst an der Breiten Straße statt. Seither wurden eine Menge Beton und Geld im Sand versenkt. Verzögerungen, Mehrkosten und die Gier nach neuem, öffentlichem Geld sind projektimmanent. Ebenso die ewigen Falschaussagen zu den Kosten. Die Täuschung der Öffentlichkeit ist das Hauptmerkmal des angeblichen Versöhnungsprojektes.

Die öffentlichen Kassen subventionieren das Bauvorhaben direkt und indirekt. Zusätzlich tragen sie die Nebenkosten des Tempels der Eitelkeit. Er ist das *Goldene Kalb* derer, die vorrangig aus den alten Bundesländern auszogen, um gemeinsam mit den „Hohenpriestern“ in Potsdam ihr Götzenbild zu errichten. Es ist, als würde Aaron erneut rufen: „Nehmt euren Frauen, Söhnen und Töchtern die goldenen Ringe ab, die sie an den Ohren tragen, und bringt sie her!“ (zum Gießen eines goldenen Kalbes; siehe 2.Buch Mose, Ex 32,1-4).

Nur folgt diesem Ruf heutzutage kaum jemand! Deshalb ist der Ruf nach öffentlichem Geld so laut. Eine Anfrage im Landtag ergab, dass die *Stiftung Garnisonkirche* (SGP) 2018 erneut einen Antrag über 1,57 Millionen Euro bei der Landesregierung zur Förderung des Turmbaus gestellt hat. Bereits 2009 hatte die SGP 5,0 Millionen Euro beantragt und 2,09 Millionen Euro aus dem Vermögen der *Parteien und Massenorganisationen der DDR* für die Beschaffung exponierter Einzelteile und die Erstellung von Planungsunterlagen erhalten.

Auch ein Antrag über 20.000 Euro aus dem Lotto-Mittel-Topf wurde 2018 gestellt. Letzterer soll dazu dienen, die Büroausstattung des neu gebildeten, ehrenamtlich arbeitenden, wissenschaftlichen Beirates zu finanzieren. Die SGP wurde schon mehrfach aus dem Lotto-Topf (das sind „gottlose“ Mittel aus der Glücksspielabgabe!) bedient: 2007, 2009, 2010, 2011. Insgesamt wurden 117.000 Euro bewilligt und 100.242 Euro verausgabt.

Die Kalkulationen für den Bau der Turmkopie sind wundersam und bundesweit wohl einmalig: Seit 2011 sanken die geplanten Baukosten für den Gesamtturm von damals 40 bis 41 Millionen Euro auf heutige 37,8 Millionen Euro. Die üblichen Baukostensteigerungen von über ein Prozent pro Jahr (oder mehr) bleiben völlig unberücksichtigt. Der Baupreissteigerungsindex für Neubauten beträgt rund 25 Prozent (Faktor 1,23 von 2010 zu heute; Quelle: *Statistisches Bundesamt*). Die allerorts mangelnden Baukapazitäten werden ebenso nicht berücksichtigt. **Realistisch betrachtet ist der Turmbau, bei dem über zwei Millionen Ziegel per Hand vermauert werden sollen, nicht für unter 50 Millionen Euro zu realisieren.**

Allerdings geschehen manchmal Wunder. Bei der Ausschreibung der Maurerarbeiten (rund acht Millionen waren dafür eingeplant) kamen folgende Gebote herein: 14 Millionen Euro und 12 Millionen Euro. Beide passen zu den beschriebenen Preisproblemen. Doch noch rechtzeitig kam von der Firma *Dressler-Bau* aus Dresden ein Angebot über 8,0 Millionen Euro! Bei der Vorstellung dieser Angebote auf einer Veranstaltung des *Architekturpreis e.V.* in Berlin ging ein Raunen durch die Fachleute, als bekannt wurde, dass das Architekturbüro *Hilmer Sattler und Albrecht Architekten* mit *Dressler-Bau* auch am Stadtschloss Berlin, dem *Humboldtforum*, zusammen tätig sind. Hinter vorgehaltener Hand wurde von Gefälligkeit und Auftragsgebot gesprochen. Sogar die These, dass die realistischen Mehrkosten gegebenenfalls über das andere Retroprojekt verrechnet würden, machte die Runde. Kämen diese Machenschaften zum Tragen, würde die gemeinnützige Stiftung *Berliner Schloss – Humboldtforum* als Bauherrin (also Bund, das Land Berlin und andere öffentliche Körperschaften/Institutionen) die Mehrkosten der Aufmauerung des GK-Turms tragen.

Das Bauvorhaben ist trotz dieser „Wunder“ von einer völligen Unterfinanzierung gekennzeichnet. Da hilft auch kein ZDF-Werbespot. Betrachtet man die einzelnen Aussagen zum Kassenstand der SGP, stellt man fest, dass die laufenden Ausgaben der Stiftung für PR und Personal die Spendeneinnahmen übersteigen. **Mehr als die Hälfte des zur Verfügung stehenden Geldes kommt aus öffentlichen Kassen! Mehr als 15 Millionen Euro!**

Bisher hat die SGP unserer Kenntnis nach, gerade einmal 28,5 Millionen Euro zusammengetragen bzw. in Aussicht gestellt bekommen (Eigenleistung und Spenden: 8,2 Millionen Euro; drei Kirchenkredite: 5,0 Millionen Euro; Mittel der Militärseelsorge: 0,25 Millionen Euro; Gelder vom Bund: bis 12 Millionen Euro; Mittel vom Land: 2,6 Millionen Euro und von der Stadt: 0,47 Millionen Euro). **Es fehlen über 20 Millionen Euro zur Fertigstellung des Turms! Eines Turms, der nicht Kirche ist, sondern ein „Aussichtsturm mit Gebetsanschluss“.**

Neben den direkten Zuschüssen von Bund, Land und Stadt ergeben sich auch Kosten für Vorleistungen oder Nebenwirkungen. Von möglichen Folgekosten ganz zu schweigen. Laut MAZ-Angaben wurde das Grundstück mit dem Rechenzentrum im Jahr 2009 mit 4,9 Millionen Euro aus Städtefördermitteln angekauft (mit dem Ziel des kompletten RZ-Abrisses). Der Kaufvertrag enthielt die Verpflichtung, dass für den Aufbau der Kirchenkopie erforderliche Teilflächen „unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden“ müssten. Bei der Übertragung des Grundstücks entstanden Kosten in Höhe von knapp 213.000 Euro. Diese wurden ebenfalls aus Städtebaufördermittel beglichen. Das eigentliche „Kirchengrundstück“ wurde schon Jahre vorher der Stiftung kostenfrei zur Verfügung gestellt und hat heute einen Marktwert von mehreren Millionen.

Die Stadt Potsdam ließ 2013 für 3,8 Millionen Euro die Breite Straße umbauen. Für den Abriss einzelner Teile des Rechenzentrums wurden bisher rund 300.000 Euro ausgegeben. Rund 119.400 Euro kostete der Abriss des Kantinenanbaus, weitere rund 185.000 Euro wurden für die Beseitigung einer zweiten Fundamentplatte ausgegeben. Ein bereits vorliegendes Rückbaukonzept „nebst Artenschutzgutachten“ kostete laut Stadt 4.443,82 Euro. Alles bezahlt mit Steuergeldern. Für den geplanten Abbruch der Rechnerhalle wurden vor vielen Jahren Kosten von 850.000 Euro kalkuliert. Mehrkosten sind zu erwarten. Für den (unwahrscheinlichen) Abriss des Verwaltungsbaus, in dem sich das Kunst- und Kreativhaus seit 2015 etabliert hat, wurde bereits mit 870.000 Euro Abrisskosten gerechnet. Das Geld kann sicherlich gespart und in die Sanierung des RZ gesteckt werden. Aus dem Treuhandvermögen des Sanierungsträgers (einer *ProPotsdam*-Tochter) wurden 2017 29.480 Euro bereitgestellt, um eine Standfestigkeitsuntersuchung für die SGP zu finanzieren.

Im Juni 2018 wurde in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den ursprünglichen Unterstützungsbetrag für die SGP – entgegen aller Voten im Bürgerhaushalt – auf 660.000 Euro zu erhöhen (ca. 470.000 Euro direkte Beihilfe für die GK und ca. 190.000 Euro für Nebenkosten am RZ). Bei den öffentlichen Kosten sind die Umzugskosten für das Landesrechenzentrum nicht zu vergessen. Der zentrale IT-Dienstleister des Landes musste als erster dem barocken Größenwahn weichen. Mehr als 64 Millionen Euro sind laut Pressemeldungen für den Umzug seitens des Landes veranschlagt. Ursprünglich waren 55 Millionen Euro geplant.

Auch die rund acht Millionen Euro Spenden, die bisher eingeworben wurden, werden durch den Fiskus anteilig gegenfinanziert. Rund zwei Millionen Euro weniger Steuereinnahmen sind damit verbunden. **In Summe ergeben diese Nebenkosten für Stadt, Land und Bund bisher einen Betrag von über 75 Millionen Euro. Hinzu kommen die 15 Millionen Euro direkte Zuschüsse. Fast 100 Millionen Euro öffentliche Mittel für einen nationalen Wallfahrtsort, für Geschichtsklitterung, für „ein goldenes Kalb“, „eine gotteslästernde Bude“, „einen Aussichtsturm mit Gebetsanschluss“ … für Kitsch!**

Garnisonkirche

Reformation statt Rekonstruktion

VON CARSTEN LINKE

Am Reformationstag 2018 fand eine Andacht an der abgestellten Kopie der Wetterfahne in der Breiten Straße statt. In Anlehnung an den Thesenanschlag des Reformators **Martin Luther** im Jahr 1517 formulierten die Kritiker*innen des Wiederaufbaus der Hof- und Garnisonkirche 80 Thesen. Neben dem Gleichnis von Spenden und Ablass werden Hochmut und Eitelkeit kritisiert und die faschistische und militaristische Vergangenheit thematisiert. Fragen der Moral und Finanzierung, der Geschichtsklitterung und Doppelzüngigkeit werden in den Thesen von **Matthias Lutter** angeprangert.

Nach dem Berliner Theologen **Wolfram Hülsemann** von der Initiative **Christen brauchen keine Garnisonkirche**, der eine Andacht hielt, und einer Performance von **Annette Paul** wurden durch **Carsten Linke** (*Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in Potsdam*) und **Björn Rugenstein** (*Martin-Niemöller-Stiftung*) die Thesen verlesen. Als Abschluss wurde ein Tanz ums *Goldene Kalb* zelebriert. Zu irgendwas muss ja die vergoldete Kopie der Wetterfahne gut sein.

80 Thesen

zum Reformationstag 2018 und zum Wiederaufbau der Garnisonkirche

Matthias Lutter

01 Denn durch ein Werk der Liebe wächst die Liebe und wird der Mensch besser, aber durch den Turmbau wird er nicht besser, sondern nur eitler. *(nach Lutherthese 44)*

02 Wer glaubt, durch einen Ziegelstein mit Namen seines Heils gewiss sein zu können, wird auf ewig mit seinen Lehrmeistern verdammt werden. *(nach Lutherthese 32)*

03 Auf Grund einer Spende das Heil zu erwarten ist eitel, auch wenn der Ablasskommissar, ja der (Alt-)Bischof selbst, ihre Seelen dafür verpfändet. *(nach Lutherthese 52)*

04 Darum weg mit allen jenen Propheten, die den Christen predigen: „Friede, Friede“, und ist doch kein Friede. *(Lutherthese 92, original)*

05 Frieden und Versöhnung kann nur von den Opfern, nicht von den Tätern angeboten werden.

06 Wohl möge es gehen all den Propheten, die den Christen predigen: „Kreuz, Kreuz“, und ist doch kein Kreuz. *(Lutherthese 93, original)*

07 Weder eine goldene Turmhaube noch ein Kirchturm sind Kreuz, schon gar nicht Nagelkreuz.

08 Mensch soll die Christen lehren: keine Soldaten auf Krieg einzuschwören …

09 … und Soldaten „als Pioniere des gekreuzigten Heilands“ ans Schwert zu schicken *(wie am 15.07.1900, Pfarrer **Johannes Kessler** in der Garnisonkirche)*.

10 Mensch soll die Christen lehren: keine „Waffen zur völligen Überwindung des Feindes zu segnen“ *(GK-Pfarrer **Bernhard Rogge** am 18.01.1871 zu Ehren der Hohenzollern)*.

11 Mensch soll die Christen lehren: keine Fahnen zu weihen und Standarten zu horten *(wie am 29.08.1933, am 24.01.1935 bei Fahnenweihen der NSDAP in der Garnisonkirche)*.

12 Mensch soll die Christen lehren: keine Kundgebungen mit faschistischen Parteien abzuhalten *(wie am 24.11.1919, DNVP-Veranstaltungen für Monarchie und Krieg in der Garnisonkirche)*

13 … und sie lehren, nicht gegen die Republik und die Demokratie zu hetzen *(wie am 18.01.1921 mit Hofprediger **Johannes Vogel** in der Garnisonkirche)*,

14 … und sie lehren, nicht ihrer geglaubten Kulturüberlegenheit zu huldigen *(wie am 13.06.1926 bei der Kundgebung des Deutschen Ostbundes in der Garnisonkirche)*

15 ... und die Deutschen lehren, dass sie weder Herrengeist verkörpern noch Herrenrasse sind *(wie am 10.11.1913 GK-Prediger **Walter Richter** im Langen Stall)*.

16 Weder in Kirchen oder Garnisonen noch anderswo sollte die Eroberung neuer Lebensräume gefordert werden *(wie am 07.05.1927 durch den Bund der Frontsoldaten in der Garnisonkirche)*.

17 Weder in Kirchen oder Garnisonen noch anderswo sollte die Rückeroberung deutscher Kolonien gefordert werden *(wie am 06.08.1928 durch den Bund der Marine-Vereine in der Garnisonkirche)*.

18 Weder in Kirchen oder Garnisonen noch anderswo sollte ein Großdeutsches Reich, samt Österreich und Sudetengebieten, beschworen werden *(wie am 22.06.1930 durch die Bismarckjugend der DNVP in der Garnisonkirche)*.

19 Weder in Kirchen oder Garnisonen noch anderswo sollte die Errichtung eines Führerstaates gefordert werden *(wie am 07.05.1927 durch den Bund der Frontsoldaten in der Garnisonkirche)*.

20 Wir brauchen keine Kirchen, Garnisonen und andere Orte, an denen Faschismus, Militarismus und Krieg verherrlicht werden.

21 Wir brauchen keine bauliche Wende, um monarchistische und antidemokratische Strukturen erlebbar zu machen *(wie es derzeit in der Stadt Potsdam stattfindet)*.

22 Wir brauchen keine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad *(wie **Björn Höcke** am 17.01.2017 diese auch in Bezug auf die Garnisonkirche forderte)*.

23 Wir brauchen keine Kopie eines Hauses, das die „Geburtsstätte des Dritten Reiches“ symbolisiert. *(Die Stadt Potsdam warb lange Zeit mit diesem Titel.)*

24 Wir brauchen keine Kirche, die als Symbol des preußischen Militarismus und für die Verquickung von Thron und Altar gilt.

25 Wir brauchen keine Kirche, die als Antithese zum Geist von Weimar und der Demokratie gilt.

26 Wir brauchen keinen 88 Meter hohen Turm im Stadtbild. *(88 ist der Code der Rechten für „Heil Hitler“)*

27 Wir brauchen der Stadt Potsdam kein „Wahrzeichen“ wieder zu geben.

28 Wir brauchen in Potsdam nicht die Wiedererrichtung einer „gotteslästernden Bude“.

29 Wir wünschen „… auf dass ER erscheine denen, die da sitzen in Finsternis und Schatten des Todes“ der Militärkirchen. *(nach Lukas-Evangelium Lk 1,79)*

30 Wir wünschen, dass sie selbstständig ihre „Füße auf den Weg des Friedens richten“ und nicht auf den der weiteren Konfrontation. *(nach Lk 1,79)*

31 Christen sollen „dem Geist der Gewalt widerstehen und für den Frieden einstehen.“ *(Rat der Evangelischen Kirche Deutschland anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges)*

32 Deutsche Protestanten sollten nicht vergessen, dass die große Mehrheit ihrer in zwei Weltkriegen versagt hat …

33 … und diese Schuld sollte sie mit tiefer Scham bis heute erfüllen. *(Rat der Evangelischen Kirche Deutschland anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges)*

34 Der „Ruf aus Potsdam“ von 2004 ist ein Ruf aus falscher Opferrolle und Geschichtsvergessenheit heraus.

35 Die „Nacht von Potsdam“ (14.04.1945) ist die Folge des „Tags von Potsdam“ (21.03.1933).

36 Wir brauchen kein „nationales“ Vorhaben, welches nach Kirchenrecht und ohne gesellschaftliche Mitsprache umgesetzt wird.

37 Wir brauchen keinen Ort, an dem Gedenkpolitik privatisiert wird.

38 Wir brauchen keinen Kitsch, der weder dem Ort noch seiner Geschichte gerecht wird.

39 Mit dem Bau einer Turmkopie wird der Ort der Gesellschaft – speziell dem nichtchristlichen Teil dieser – als Gedenkort entzogen.

40 Versöhnung entsteht nicht im Konflikt mit der Stadtgesellschaft.

41 Wer den Aufbau der Kirchenkopie als Rache auf den Abriss betreibt, ist voller Gift statt Segen.

42 Wer die Sprengung von 1968 heilen will, sollte die Heilig-Kreuz-Kirche aufbauen und nicht die belastete Kirche, von der sich selbst die evangelische Kirche durch Umbenennung distanzierte.

43 Wer den Abriss des Turms als Verbrechen bezeichnet, sollte keinen Abriss des Kunst- und Kreativhauses Rechenzentrum fordern.

44 Der falsche Turmbau schafft nicht nur eine Kopie zur Verherrlichung der Vergangenheit, sondern Kitsch für die Gegenwart und eine mögliche rechte Kultstätte für die Zukunft.

45 Wer Geschichte erinnern, Verantwortung lernen, Versöhnung leben will, muss dies auch selbst tun.

46 Wer Geschichte erinnern will, darf keine Geschichtsepochen aussparen.

47 Wer Verantwortung lernen will, muss sich seiner Verantwortung stellen.

48 Wer Versöhnung leben will, muss sich diese verdienen.

49 Wer eine Kultur des Friedens bauen will, muss Grenzen – auch Glaubensgrenzen – überwinden und nicht Mauern errichten.

50 Wer eine Kultur des Dialogs will, muss dazu einladen, zuhören können und lernen wollen.

51 „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ *(Grundgesetz Art.4 Abs.1)*

52 Religionsfreiheit verbietet dem Staat, den Bürger zu einer religiösen oder weltanschaulichen Handlung zu verpflichten.

53 Die Trennung von Kirche und Staat sollte deshalb allumfassend sein.

54 Die Errichtung von Kirchenkopien stellt keine Handlung von nationaler Bedeutung dar.

55 Christliche Kirchen sollten ausschließlich durch Christen und Spenden finanziert werden.

56 Eine neue christliche Kirche sollte nicht mehrheitlich durch öffentliche Gelder erbaut werden.

57 Eine neue Kirche sollte nicht mit Mitteln der Denkmalpflege gebaut werden.
58 Eine moralische Kirche sollte nicht mit Geldern aus Glücksspiel (Lottomitteln) gebaut werden.
59 Eine Kirche des Friedens sollte nicht durch finanzielle Mittel der Militärseelsorge gesponsert werden.
60 Eine Kirche des Friedens sollte nicht durch Kirchenkredite errichtet werden, wenn die Kirchen der Stadt zeitgleich durch Spenden von Rechtskonservativen unterstützt werden *(**Klaars** Stiftung Preußisches Kulturerbe mit 8,6 Millionen Euro von 2015–2018)* und so der Kirchenetat entlastet wird.
61 Wer es nicht schafft, in über zehn Jahren zehn Millionen Euro für ein derartiges Vorhaben zu sammeln, sollte sich fragen, für wen und was er sammelt.
62 Durch den Bau von Kirchen sollten weder Kunst vernichtet, noch Denkmäler zerstört werden *(z.B. das Fritz-Eisel-Mosaik)*.
63 Jede barocke Kopie vernichtet den Wert der echten Denkmäler und mindert die Notwendigkeit von deren Erhaltung.
64 Die Initiative zum Wiederaufbau kam aus rechtskonservativen, militaristischen Kreisen und wurde durch das falsche Agieren der Kirche legitimiert.
65 Wir brauchen keinen Ort, an dem Treue, Redlichkeit und Kadavergehorsam per Glockenschlag eingefordert werden.
66 Wir brauchen keinen Ort, an dem der Mär vom „ewigen Juden“ und dem Antisemitismus viertelstündlich per Glockenklang gehuldigt werden.
67 Wir brauchen keinen Aussichtsturm an diesem Ort, sondern einen echten Ort des Gedenkens und der Erinnerung.
68 Wir brauchen einen gedanklichen und baulichen Bruch mit der Geschichte.
69 Geschichte erinnern bedeutet nicht, diese zu kopieren.
70 Geschichte kann nicht bereinigt werden; auch nicht durch die Instrumentalisierung des 20.Juli 1944.
71 Versöhnung kann nicht verordnet werden.
72 Wir denken, dass alle Kirchen der Stadt auf ihre eigene Art Versöhnungsarbeit leisten, …
73 … und fragen uns: wird durch den Bau eines „Versöhnungstempels“ diese Arbeit nicht diffamiert und entwertet?
74 Für eine ernsthafte Versöhnungsarbeit sind eine wissenschaftliche Konzeption, Geld und Personal notwendig, aber nicht vorhanden.
75 Die bisherigen Versöhnungsansätze dienen der Versöhnung mit der eigenen Geschichte, aber nicht deren Aufarbeitung.
76 Wenn die Versöhnungsarbeit im Vordergrund stehen würde, müsste die Form des Baus dem Inhalt folgen und nicht, wie geplant, in den Turm gezwängt werden.
77 „Man soll die Christen ermutigen, dass sie ihrem Haupt Christus durch Strafen, Tod und Hölle nachzufolgen trachten …
78 … und dass sie lieber darauf trauen, durch viele Trübsale ins Himmelreich einzugehen als sich in falscher geistlicher Sicherheit zu beruhigen.“ *(Lutherthesen 94 und 95, original)*
79 Wer für Gott Türme in den Himmel baut, hat christlichen Glauben missverstanden.
80 Lasst uns ein Haus der Geschichte, Mahnung und Erinnerung bauen – ohne Turm!

Gedenkkultur
Garnison über Generationen

VON CARSTEN LINKE

Vor 100 Jahren endete der Erste Weltkrieg und der Kaiser dankte am 9. November 1918 ab. Potsdam verlor somit den Status der Residenzstadt. Potsdam war in diesem Weltkrieg ein Ort von zentraler Bedeutung. Im Neuen Palais unterzeichnete Kaiser *Wilhelm II.* am 31. Juli 1914 die Kriegserklärung. Genau aus diesem Grund waren im letzten Sommer Jugendliche aus Frankreich und Belgien in der Stadt. Sie wollten von mir mehr über Potsdam und dessen Rolle im Ersten Weltkrieg wissen. Ich begann zu recherchieren und fand eine Geschichte die mich erschütterte: mit deutscher Traditionspflege, fehlendem Republik- und Demokratieverständnis und dem Bundespräsidenten.

November 1918: In der Hof- und Garnisonstadt Potsdam mit ihren vielen Kasernen, Ausbildungs- und Nachschublagern wurde der Krieg zum Ende hin erlebbar. Eine immer größer werdende Zahl von Verwundeten kehrte von den Fronten heim, auch das *Garde-Jäger-Bataillon* am 13.11.1918. Die immer längeren Kolonnen von Todes- und Vermisstenanzeigen füllten die Tageszeitungen. Am 11.12.1918 kehrte auch das *Erste Garde-Regiment zu Fuß*, welches sich gern auch als das „Erste Regiment der Christenheit“ bezeichnete, mit viel Brimborium heim – zur Auflösung.[1] Potsdam war einst die goldene Krone des Reiches und nun Hort der gekränkten Verlierer.

Potsdam war nicht nur Garnisonstadt, sondern schon seit 1871 der Ort der „Heeresleitung“, der Rüstung und der nationalen Indoktrinierung. Die Kaiserkrönung des preußischen Königs war nicht nur die Geburtsstunde des Deutschen Reiches, sondern auch der europäischen Teilung (speziell gegenüber Frankreich und Russland). Das in Ansätzen aufgeklärte Preußen wurde endgültig zum Zentrum des National- und Militärstaates und der Aggression.

August 1914: Zwei Tage nach der Mobilmachung am 02.08.1914 stand das *Garde-Jäger-Bataillon* um 18.00 Uhr in voller Stärke abmarschbereit im Lustgarten. Die Kaiserfamilie war ebenfalls zur Verabschiedung erschienen. Um 23.11 Uhr rollte der Zug von Potsdam gen Westen. Am 6. August trafen die Soldaten in Belgien ein. Es folgten Kriegsgräueltaten deutscher Truppen an der belgischen Zivilbevölkerung. Die ersten Bomben warfen deutsche Zeppeline

[1] **„…Dann rückte die *Erste Garde-Division* mit klingendem Spiel in die alte Garnisonstadt. Voran die vier silbernen Fahnen der Leib-Kompanie… Viele Potsdamer knieten nieder an den Straßenrändern, als die Fahnen der Garde vorüberzogen. … In der dämmrig feierlichen Stille war das Feldregiment mit allen Offizieren in der ehrwürdigen Garnisonkirche versammelt; das ganze Regiment allein mit seinem Kommandeur. Es herrschte Totenstille, als Major *Siegfried Graf zu Eulenburg*, von den Fahnen seines Regiments umringt, seine letzten Worte sprach und den Entschluss begründete, nicht mehr länger Regimentsführer seines tapferen Regiments sein zu können. Es war eine ergreifende Stunde, in der jedem Anwesenden bewusst wurde, dass das Alte zusammengebrochen war und keine Zukunft mehr hatte. Das *Erste Garde-Regiment zu Fuß* hatte aufgehört zu bestehen. Die Bataillone verließen still und stumm zum letzten Male die Garnisonkirche.“ Quelle: *Christoph von L’Estocq***

am 6. August über Lüttich ab, weitere am 24. August 1914 über Antwerpen. Bis 1918 starben durch deutsche Bomben, die von Zeppelinen abgeworfen wurden, allein in Großbritannien 1.400 Zivilisten. Fast 5.000 Briten wurden verwundet. Potsdam wurde nicht allein mit dem Luftschiffhafen zum Rüstungsort. Der Krieg dauerte über vier Jahre und hatte 17 Millionen Tote in ganz Europa, Afrika, Asien sowie im Pazifik zur Folge.

Das sind nur zwei Beispiele preußischer Militärgeschichte. Zwei Sequenzen Potsdamer Geschichte. In der nationalkonservativen, von militaristischem Denken und von kaiserlicher Ergebenheit geprägten Stadt Potsdam entstanden in den Nachkriegsjahren zahlreiche Denkmäler:

- das Denkmal für das *Garde-Jäger-Bataillon* am Bassinplatz,
- das Denkmal vor der Kaserne am Ruinenberg,
- das Denkmal für das *Dritte Garde-Ulanen-Regiment* an der Ecke Jägerallee/Reiterweg,
- das Denkmal für die *Deutschen Kraftfahrtruppen* an der Michendorfer Chaussee,
- das Denkmal für das *Lehr-Infanterie-Bataillon* auf dem Brauhausberg,
- das Denkmal der *Garde du Corps* an der Allee-/Ecke Schulstraße,
- das Kriegerdenkmal auf dem Neuendorfer Anger in Nowawes,
- das Denkmal des *Ersten Garde-Regiments zu Fuß* an der Garnisonkirche (mit Soldaten-Handschlag),
- das Denkmal der Unteroffiziersschule vor der Kaserne in der Jägerallee und
- das Denkmal für die Gefallenen des *Sanitätskorps* vor dem Neuen Friedhof.

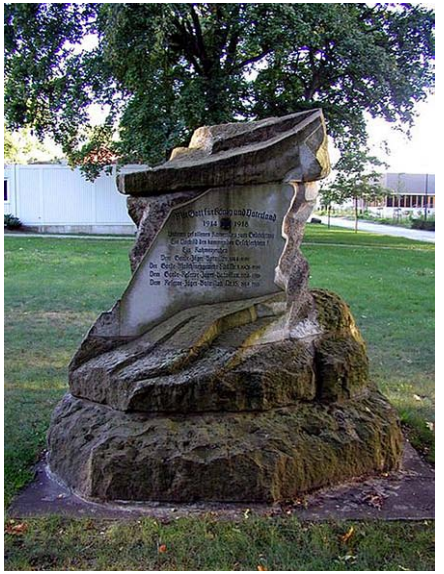
Letzteres steht noch in der Heinrich-Mann-Allee am Friedhofseingang. Alle anderen Denkmäler gelten allgemein als abgerissen oder verschollen und die alten Bataillone und Regimenter als aufgelöst. *Ist dem wirklich so?*

Das *Erste Garde-Regiment zu Fuß* und das *Garde-Jäger-Bataillon* „leben“ noch heute in der Stadt und in vielen Köpfen. Speziell im Zusammenhang mit dem Bau der Garnisonkirchenkopie wird immer wieder auf die „Helden“ dieser Militäreinheiten verwiesen. Das Zu-Fuß-Regiment gehörte zur Militärgemeinde der Garnisonkirche. Das Regiment lag mit der Masse seiner Soldaten in der Kaserne in der Priesterstraße (heute Tresckowstr.), fußläufig zur Garnisonkirche, zum Stadtschloss und zu den Exerzierplatzen (Lustgarten und Plantage). Die enge Verbundenheit des Regiments mit seinen königlichen Vorgesetzten fußte neben der persönlichen Führung durch den König auf der Tatsache, dass alle Prinzen von Preußen jeweils an ihrem zehnten Geburtstag als Leutnant in dieses Regiment aufgenommen wurden.

Das *Garde-Jäger-Regiment* hatte in Potsdam – neben seiner sogenannten *Kleinen Kaserne*, an der Ecke Posthof- und Charlottenstraße – seine *Garde-Jäger-Kaserne* an der Ecke Türkstraße und Berliner Straße (dem heutigen *e.dis*-Sitz). Zahlreiche Garde-Jäger meldeten sich nach dem Ersten Weltkrieg und der damit einhergehenden Demobilisierung zum *Freikorps Potsdam*. Sie schlugen in der Folgezeit bis Mai 1919 für die Reichsregierung linkssozialistische Aufstände nieder. Das zahlreiche Fahnengut der Garde-Jäger kam 1919 zunächst in das ehemalige Kriegsministerium in Berlin, wurde 1921 feierlich in die Garnisonkirche in Potsdam überführt und von dort 1944/45 ausgelagert.

Am 24. Juni 1923 wurde das Kriegerdenkmal 1914–18 für das längst aufgelöste *Garde-Jäger-Bataillon* auf dem Potsdamer Bassinplatz feierlich enthüllt. „Zu der Einweihung waren hunderte alter Garde-Jäger gekommen; zahlreiche Fahnenabordnungen und zwei Soldaten in historischen Uniformen, die zu beiden Seiten vor dem Denkmal standen, gaben der Veranstaltung die richtige Kulisse“ berichteten Augenzeugen. Ehemalige Angehörige des Bataillons und seiner Kriegsformationen hatten das Denkmal gestiftet. Es stellt einen Felsen „inmitten einer Vogesenlandschaft und einen Garde-Jäger dar, der den Hartmannsweilerkopf bergan stürmt“ (Die Vogesen liegen in Frankreich.). Bei einer grundlegenden Umgestaltung des Bassinplatzes im Jahre 1936 wurde das Denkmal an den Rand des Platzes versetzt. In dem Zusammenhang übergaben die Stifter das Denkmal in die Obhut der Stadt Potsdam. Der bronzene Handgranatenwerfer wurde 1944 zur kriegswichtigen Metallspende. Mitten im Zweiten Weltkrieg wurde binnen kurzer Zeit durch die nationalen Traditionalisten als Ersatz für den Garde-Jäger ein Zementguss-Adler angeschafft.

Am 18. Juni 1944 wurde das mit diesem Reichsadler ausgestattete Denkmal bei den Schießbahnen im Potsdamer Forst wiedererrichtet und neu enthüllt. 50 Jahre später erhielt das *Preußische Denkmal-Institut* einen Hinweis auf das „verschwundene“ Denkmal.



***„Mit Gott für König und Vaterland 1914+1918, Unseren gefallenen Kameraden zum Gedächtnis, Ein Vorbild den kommenden Geschlechtern!...“* / Zustand Gardedenkmal (v.l.n.r.): ca.1930, ab 1944, 2006**

In den folgenden Jahren wurden dieses und ein weiteres Denkmal geborgen, restauriert und gereinigt. Am 15. Juni 2001 wurden die in der *Henning-von-Tresckow-Kaserne* in Geltow wieder aufgestellten Kriegerdenkmäler zu Ehren der Krieger von 1870/71 und des *Garde-Jäger-Bataillons* „im Rahmen einer würdigen Feierstunde“ den Soldaten übergeben.

Die Tradition des *Garde-Jäger-Bataillons* wurde übrigens in der Reichswehr von der 6. Kompanie des 9.(Preußischen) Infanterie-Regiments und später in der Wehrmacht bis 1945 vom Infanterie-Regiment 9 fortgeführt.[2] Religiöse Heimstätte dieses Regimentes – nicht aber Ort der Attentatsplanung – war die Garnisonkirche. In diesem „Neuner Regiment“ dienten nicht nur **Henning von Tresckow**, **Phillipp von Bismarck** oder **Graf von Hardenberg** als Wehrmachtsoffiziere, sondern auch **Richard von Weizsäcker**. Heute wird das Andenken[3] des *Garde-Jäger-Bataillons* von der 3. Kompanie des Stabs- und Fernmeldebataillons des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr nahe Potsdam (*Henning-von-Tresckow-Kaserne* in Geltow) bewahrt. So finden preußische Denkmäler und militärische Tradition in der Gegenwart dank Einheit und Rechtsruck am alten Ort zueinander.

Es ergeben sich die Fragen: Hütet die Bundeswehr also das Erbe der preußischen, nationalistischen und faschistischen – allesamt demokratiefeindlichen – Militäreinheiten und deren tödlichen Kodex? Wozu stehen Bundeswehrsoldaten vor solchen Denkmälern stramm? Sind Kriegerdenkmäler die richtige Vorbereitung für Auslandseinsätze?

Und wer führt das Erbe des *Erste Garde-Regiments zu Fuß*? Es war immerhin das Regiment mit dem höchsten Rang in der preußischen Armee. Wie alle Regimenter der *Alten Armee* (bis 1871 *Preußische Armee*, danach *Deutsches Heer*) wurde auch das *Erste Garde-Regiment zu Fuß* nach dem Ersten Weltkrieg aufgelöst und ging in der Reichswehr auf. Dort wurde die Tradition von der 1. Kompanie des bereits oben genannten Infanterie-Regiments 9 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs weitergeführt. Seit 1961 führt das Wachbataillon[4] die Tradition fort. Das *Wachbataillon* (eigentlich Wachbataillon beim Bundesministerium der Verteidigung oder kurz WachBtl BMVg) ist der Verband der Bundeswehr für den protokollarischen Ehrendienst bei Staatsbesuchen und anderen staatlichen Anlässen. Innerhalb der Bundeswehr und in den konservativen Medien wird das „WachBtl“ auch als „deutsche Garde“ bezeichnet. Wenn also der Bundespräsident ruft und Staatsgäste empfängt, dann marschiert das Bataillon traditionsbewusst „zu Fuß“ auf. Indirekt marschieren demnach im Geiste die Militärgemeinde der Garnisonkirche Potsdams und der undemokratische „Geist von Potsdam“ auf.

[2] Zu neuem Glanz gelangte das Zu-Fuß-Regiment im Winter 1920/21. Es ging in dem neu gebildeten 9.(Preuß.) Infanterie-Regiment (I.R.9) auf; acht seiner Kompanien sollten die Tradition preußischer Garden forttragen. Dazu gehörte die Gepflogenheit, Offiziersstellen mit Herren von Adel zu besetzten. Im Regiment herrschte Hohenzollern-Loyalität. *Curt von Witzendorff*, einst Fahnenjunker im I.R.9, später Brigadegeneral der Bundeswehr, setzte „Potsdam“ immer mit „Semper talis“ und die Losung mit „Pflichterfüllung, Gehorsam, Wahrung der Ehre“ gleich – mit „wahrem Preußentum“ also.

[3] In der Bundeswehr bewahrte das Andenken der Garde-Jäger zunächst die Selbständige Panzerjäger-Kompanie 440 in Wuppertal, nach deren Auflösung 1981 die 2. Kompanie des Panzerbataillons 533 und ab 1991 die 1996 aufgelöste 2. Kompanie des Panzerbataillons 533 in Düren. Von 2004 bis 2006 trug das Potsdamer Heimatschutzbataillon 842 den *Potsdamer Jäger*.

[4] 1961 zunächst nur mit der 2. Kompanie, seit 1991 als Bataillon mit allen neun Kompanien. Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik erfolgte bereits 1955 unter *Adenauer*.

Genau genommen führt das Wachbataillon seine Tradition über das 9. Infanterie-Regiment der Reichswehr sowie das *Erste Garde-Regiments zu Fuß* der preußischen Armee bis ins Jahr 1675 zu den *Langen Kerls* zurück. Es ist meines Wissens der einzige Bundeswehrverband mit einem offiziellen Traditionserlass. Sein Schlachtruf ist daher in Anlehnung an die *Langen Kerls* und das *Erste Garde-Regiments zu Fuß* „Semper Talis“ (lat.: „Immer gleich“ oder auch „Immer vortrefflich“). Das I. Bataillon dieses Regiments führte zu Königszeiten den Spruch im Helmzierrat. Durch die Fortführung dieser Tradition ist das heutige Wachbataillon mit dem *Semper talis Bund* (StB), dem *Haus Hohenzollern* und dem *von Rohdich'schen Legatenfonds* verbunden. Bei dem „Umfeld“ ist es kaum ein Wunder, dass der Bundespräsident **Steinmeier** (SPD) die Schirmherrschaft über den Aufbau der Garnisonkirchenkopie – die Heilstätte der Semper-talis-Jünger, übernommen hat. Ehrenkurator der *Stiftung Garnisonkirche* ist ohnehin ein Generalleutnant a.D., **Jörg Schönbohm**. Ebenfalls Ehrenkurator war bis zu seinem Tode der schon erwähnte ehemalige Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**. Im Zusammenhang mit dem Auffinden des „Möllendorffdegens“ entschied dieser Bundespräsident, dass der Degen an das Wachbataillon abzugeben sei: aus Traditionsgründen.[5]

Zu den Besonderheiten des Wachregimentes gehören folgende schaurig-schönen Eigenheiten: Das Wachbataillon exerziert als einziger Verband der Bundeswehr die Gewehrgriffe des alten preußischen Exerzierreglements, das in seinen Grundzügen noch aus der Zeit **Friedrichs II. von Preußen** stammt und bis 1945 allgemein in den deutschen Streitkräften (Reichswehr und Wehrmacht) verwendet wurde. „Grund dafür ist der höhere Schau- und Repräsentationswert dieses Reglements, der dem protokollarischen Auftrag des Bataillons entspricht.“ Das Wachbataillon verfügt seit 22 Jahren über eine eigene Zentrale Dienstanweisung in zwei Bänden: Die *Semper Talis*, hier ein Akronym für „**S**tandard**e**insätze **m**it **p**rotokollarischen **E**mpfehlungen und **R**ichtlinien“ (Band 1) und „**T**abellarische Darstellung der **A**bläufe und **Lis**ten“ (Band 2). Seit 2005 heißt die Dienstanweisung G.A.R.D.E. "**G**rundsätze der **A**usbildung und **R**ichtlinien zur **D**urchführung von **E**insätzen". **Zum Kotzen bitte wegtreten!**

Die Fragen bleiben: Worin besteht das Traditionswürdige? Im Korpsgeist, der im Ernstfall im mörderischen Kadavergehorsam endet? Ist es der bedingungslose militärische oder völkische Gehorsam gegenüber Gott und König oder dem Führer? Haben wir uns nicht mit dem Grundgesetz von allen dreien getrennt (siehe Art. 4, Art. 20, Art. 139 u.v.a.)?

Was sollte ich nun den französischen und belgischen Jugendlichen sagen? Dass all das deutsche Gerede von Versöhnung und Frieden nur Vorwand ist, um unseren eigenen Opfern, Tätern und militaristischen Tradition zu huldigen? Dass wir anscheinend die Republik von den Alliierten 1949 geschenkt bekommen haben und der Westen sie nie richtig angenommen hat? Dass sich lediglich der Osten die Demokratie vierzig Jahre später erkämpft hat? Oder sollte ich ihnen sagen, dass wir endlich eine neue deutsche Republik mit neuer Verfassung, neuer Hymne, neuen Symbolen und Werten und keine militärisch-preußischen oder schwarz-weiß-roten Traditionen brauchen?

[5] Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde im Ersten Garde-Regiment zu Fuß und danach bis in das Infanterie-Regiment 9 dieser Degen geführt. 1945 wurde er vom letzten Träger, um ihn vor der anrückenden Roten Armee zu schützen, in Potsdam vergraben und erst 1991 von seinen Söhnen wieder ausgebuddelt. Es folgten eine Anfrage ans Bundespräsidialamt und die Entscheidung *Weizsäckers*.

Gedenkkultur

Max-Dortu-Gedenksteinewerfen 2018

© Jan Kuppert

Verkehr

Das Monster vom Templiner See

VON JAN KUPPERT

Über kaum ein anderes Thema wird in Potsdam schon so lange gestritten wie über die *Havelspange*. Politisch ist diese Umgehungsstraße von Potsdam schon lange zu Grabe getragen. Unlängst bezeichnete der neue Oberbürgermeister *Mike Schubert* sie als Monster von *Loch Ness*, das immer mal wieder auftaucht.

Wer die politischen Akteure in der Stadtverordnetenversammlung genauer verfolgt, bekommt aber den Eindruck, dass es fast das ganze Jahr am Templiner See sein Unwesen treibt. Immer wieder wird versucht, das Thema auf die Tagesordnung zu holen. Manchmal ist es ein Bebauungsplan in Golm, dann ein Antrag zum Wassersparen, aber auch beim Thema Klimaschutz – immer wieder wird versucht, die *Havelspange* als wichtig darzustellen und dem Auto als städtisches Verkehrsmittel den roten Teppich auszurollen.

Beschlossen haben die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Potsdam ein Verkehrkonzept, welches die Menschen dazu bewegen soll, vom Auto auf den ÖPNV oder das Fahrrad umzusteigen. In der Zukunft soll es auch ein Konzept für Fußwege geben. In diesen Bereichen steht unsere Gesellschaft sowieso an einem absoluten Wendepunkt. Mehrere Jahrzehnte lang bedeutete Verkehrsplanung, mehr Platz für Autos zu schaffen – breitere Straßen und immer mehr Lagerplätze. Heute kann man diese Entwicklung in Städten als gescheitert betrachten, weil die Flächen nicht ausreichen sowie Lärm und Dreck die Lebensqualität zerstören. Seit einigen Jahren wird wieder vermehrt die Planung vorangetrieben, das ÖPNV-Netz auszubauen und Radfahrer*innen eine bessere Infrastruktur bereitzustellen. Als Vorbilder sind Kopenhagen oder Amsterdam zu nennen.

In Singapur geht man den Weg von **Horst Seehofer** und hat eine Obergrenze für Autos eingeführt. Dort gibt es auf zehn Einwohner*innen nur ein Auto. In Deutschland liegt der Wert fünf Mal höher. Theoretisch könnten in Deutschland alle Einwohner*innen problemlos in allen Autos untergebracht werden, ohne eine einzige Rücksitzbank in Anspruch nehmen zu müssen. Diese gigantische Platzverschwendung will man in Singapur nicht hinnehmen. Wer dort ein Auto anmelden will, muss nicht weniger als 80.000 Dollar berappen. Dieses Geld wird konsequent genutzt, um den öffentlichen Nahverkehr so auszubauen, dass man sich sorgenfrei in der Stadt bewegen kann. Nebenbei bemerkt gibt es noch eine attraktive staatliche Vorgabe: Kein*e Singapurer*in soll länger als zehn Minuten bis zum nächsten Park laufen müssen.

Eine ganz neue Mitbewerberin um den Titel „Lebenswerte Stadt“ ist seit Dezember 2018 die Weltstadt Madrid. Rund fünf Quadratkilometer der Innenstadt sind nun für die Durchfahrt von Autos gesperrt. Man kann zwar noch hineinfahren, darf aber sein Auto nicht auf der Straße sondern nur in Parkhäusern abstellen. Alte Drecksschleudern müssen ganz draußen bleiben. Auf einer ehemaligen großen Hauptstraße hat man Bäume gepflanzt. Das ist nur ein Beispiel, wie auf diesem Planeten ein Umdenken in der Stadtentwicklung beginnt.

In Deutschland und damit auch in Potsdam ist es etwas schwieriger. Gerade auf bundespolitischer Ebene werden Entscheidungen maßgeblich von der Automobilindustrie mitbestimmt. So gibt es von der Bundesregierung eine Fördermaßnahme für Elektromobilität. Diese bezieht sich aber nur auf Autos und nicht auf Fahrräder. Aber gerade im urbanen Raum lassen sich mit Velos viele Flächenprobleme gut lösen. Mit Elektrounterstützung kann man so staufrei und gut gelaunt auch größere Distanzen zum Ziel überbrücken. So kann der Weg zur Arbeit richtig Spaß machen. Natürlich gilt es, dafür die Infrastruktur weiter auszubauen. Besonders Radschnellwege könnten hier den notwenigen Push geben.

Aber stattdessen versuchen einige Ewiggestrige, den Ausbau der Infrastruktur für Autos weiter voranzutreiben. Denn wenn erst einmal Fakten geschaffen sind, lässt sich das nur schwierig umkehren. Das merkt man zum Beispiel in der Innenstadt von Potsdam, wo sich nicht wenige Menschen mehr autofreie Bereiche wünschen. Aber wo heute Autoparkplätze wegfallen sollen, um mehr Raum für Fuß- und Radverkehr zu schaffen, ist auch der Widerstand laut. Trotzdem wird in ein paar Jahren die Friedrich-Ebert-Straße menschengerecht umgestaltet. Leider geht dieser Prozess nur sehr langsam voran, was eben zeigt, wie stark das Auto im Denken verankert ist. Vor allem das damit verbundene Flächenproblem kann nur schwierig gelöst werden, weil immer erwartet wird, dass Ersatzparkflächen geschaffen werden. Aber in einer *smarten City*, wo viele Funktionen fußläufig erreichbar sind, wird man auf ein Auto gut verzichten können. Braucht man es doch, nutzt man Carsharing. So könnten neun von zehn Autos wegfallen, riesige Stadträume ständen für Menschen zur Verfügung.

Über eine *Havelspange* redet dann keiner mehr. Aber in den nächsten Jahren wird sich das Monster vom Templiner See kaum vertreiben lassen. Mit der Fortschreibung des Verkehrskonzeptes wird es in ein paar Jahren wieder auf der Tagesordnung erscheinen. Man wird feststellen, dass man diese Straße in der Zukunft nicht benötigt und trotzdem werden einige versuchen, Mehrheiten für den Bau zu organisieren.

Und wir werden versuchen, dies durch Aufklärung zu verhindern.

Partizipatives Sponsoring durch die ProPotsdam – DIE aNDERE hilft gern!

Teil 5

VON ARNDT SÄNDIG

Im Sommer 2015 erhöhte die Landeshauptstadt die Diäten für die Mitglieder der Aufsichtsräte ihrer kommunalen Töchter. Bei der *ProPotsdam* – einer hundertprozentigen Tochter der Stadt – stieg die Aufwandsentschädigung von 100 Euro auf 550 Euro pro Sitzung. Doch den Vorwurf der Versorgungsmentalität ließen die Fraktionen der ehemaligen Rathauskooperation nicht gelten. Schließlich trügen die Aufsichtsratsmitglieder auch Verantwortung. Diese Bürde müsse angemessen entlohnt werden. Eine Steigerung um 450 Prozent schien der Kooperation da offenbar plausibel.

DIE aNDERE kommt durch ihren Sitz im Aufsichtsrat der *ProPotsdam* auch in den Genuss der vervielfachten Diäten. Allerdings spendet das von den aNDEREN entsandte Aufsichtsratsmitglied die Diätensteigerung an die Wähler*innengruppe zurück. DIE aNDERE unterstützt mit dem Geld die ProPotsdam beim partizipativen Sponsoring wichtiger, von der Wähler*innengruppe sorgfältig ausgewählter Projekte.

Ende 2017 wurden in kurzer Zeit 14.700 Unterschriften gegen die Abrisspolitik der zwischenzeitlich dahingeschiedenen Rathauskooperation gesammelt. Keine kommunalen Grundstücke sollten mehr verkauft und keine öffentlichen Gelder für den Abriss von Fachhochschule, *Mercure* und *Staudenhof* eingesetzt werden. Nachdem das Verwaltungsgericht die Fragestellung des Bürgerbegehrens für unzulässig erklärt hatte, nahm der damalige Oberbürgermeister **Jann Jakobs** (SPD) dies zum Anlass, auch die Intention der Unterschriftensammlung zu ignorieren, wie er es schon 2014 beim erfolgreichen Bürgerbegehren, das auf die Auflösung der Garnisonkirchenstiftung zielte, getan hatte.

Den Plänen der Rathauskooperation zur öffentlich subventionierten Privatisierung großer Teile der Innenstadt stellen sich die Initiativen *Potsdamer Mitte neu denken* und *Stadtmitte für alle* entgegen. Das Bündnis *Stadtmitte für alle* ist ein Zusammenschluss von Potsdamer Gruppen und Einzelpersonen, der die großen gesellschaftlichen Potenziale der Stadtmitte und ihre Fehlentwicklung der letzten Jahre in den öffentlichen Blick rückt. (► **stadtmittefueralle.de**)

Das Bündnis fordert öffentliche Mitsprache bei der weiteren Entwicklung der Potsdamer Mitte. Dabei warb *Stadtmitte für alle* auf Veranstaltungen im August und September 2018 für ein Innehalten beim Abriss intakter Architektur und konkret für den Erhalt des Terrassenrestaurants *Minsk* und des *Staudenhofs*. Am 15.09.2018 demonstrierten hunderte Potsdamer*innen unter dem Motto „Mieten? Stopp! Jetzt!“ in der Potsdamer Innenstadt.

Das Bewerben der Veranstaltungen, insbesondere der Druck von Werbematerialien, verursacht naturgemäß Kosten. Lobenswert ist auch das indirekte finanzielle Engagement der *ProPotsdam* gegen das Kopieprojekt Breite Straße/Ecke Dortustraße, den sogenannten Wiederaufbau der Garnisonkirche. In Anlehnung an den Thesenanschlag **Luthers** formulierten Mitglieder der Profilgemeinde *Die Nächsten* 80 Thesen, die am Reformationstag in der Nähe der Baustelle Garnisonkirche „angeschlagen“ und verteilt wurden.

Auch hier konnten die zurück gespendeten Aufsichtsratsdiäten der *ProPotsdam* sinnvoll eingesetzt werden. Ohne das finanzielle Engagement des Unternehmens hätte DIE aNDERE die genannten Materialien aus Eigenmitteln finanzieren müssen, die so zugunsten der Wahlkämpfe 2018 und 2019 geschont werden konnten. Danke *ProPotsdam*!

Auch in den kommenden Ausgaben der Wähler*innengruppenzeitung wird DIE aNDERE über wichtige Projekte berichten, die aus den *ProPotsdam* Diäten finanziert werden.

© Carsten Linke

An der Demo am 10.11.2018 gegen die neuen Polizeigesetze in Brandenburg nahmen über 2.000 Menschen teil. Auch diese Veranstaltung konnte von der Wählergruppe DIE aNDERE mit 250 Euro für Technikkosten unterstützt werden.

OB-Wahl 2018

Eine andere Stadt ist möglich: Kleine Wahlnachlese

VON LUTZ BOEDE

Seit 25 Jahren mischt unsere Wählergruppe in der Potsdamer Stadtpolitik mit. Wo Menschen sich für bezahlbare Mieten, den Erhalt des Stadtgrüns oder moderne Verkehrslösungen einsetzen, sind wir dabei. Unsere Mitstreiter*innen engagieren sich in Umweltverbänden, der Flüchtlingshilfe und Stadtteilinitiativen. Und ein Teil unserer Arbeit findet auch in der Stadtverordnetenversammlung statt, in der wir jährlich die Mandate tauschen, um Hierarchien abzubauen und unsere Stadtverordneten vor Verschleiß und Anpassungsprozessen zu schützen. DIE aNDERE versteht sich eher als Teil eines außerparlamentarischen Netzwerkes. Deshalb war es für uns durchaus eine Herausforderung, an der *Oberbürgermeisterwahl 2018* teilzunehmen. Aber die Gelegenheit, im Wahlkampf offensiv unsere Positionen zu vertreten und unsere Themen zu setzen, wollten wir uns natürlich auch nicht entgehen lassen.

Als ich meinen Hut in den Ring warf, ahnte ich noch nicht, dass es mehr als 30 Gesprächsrunden geben würde. Aber letztlich hat es mir Spaß gemacht zu zeigen, dass es viele Dinge gibt, die auf der kommunalen Ebene in Potsdam verändert werden können.

Die Themen

Das prägende Thema des Wahlkampfes war die Verkehrssituation. Stau und Luftverschmutzung werden sich weder durch die *Havelspange* noch durch Elektroautos oder ein paar zusätzliche Radstreifen wesentlich reduzieren lassen. Eine wesentliche Entlastung kann eigentlich nur der Ausbau der Bahnverbindungen sein. Dazu fehlt es gerade zwischen Potsdam und Berlin aber schon jetzt an freien Schienenkapazitäten.

Und der Einfluss der Kommunalpolitik darauf ist eher gering. Ich habe versucht, diese komplexen Zusammenhänge offen darzustellen. Aber es ist offenbar nicht immer ganz einfach, gegen das Heilsversprechen der *Havelspange* anzukommen, das immer wieder von AfD, CDU und leider bei Bedarf auch von der Kandidatin der Linken bedient wurde.

© Jan Kuppert

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen war das zweite große Thema. Inzwischen wächst stadtweit der Widerstand gegen den Ausverkauf der Stadt. Unsere Positionierung gegen Grundstücksverkäufe und für einen Mietenstopp im kommunalen Wohnungsbestand traf in den öffentlichen Talkrunden oft auf viel Zustimmung.

Auch das Wachstum der Stadt und die damit verbundene Verdichtung der Stadtteile ist in vielen Teilen der Stadt ein wichtiges Thema. Überall setzen sich Bürgerinitiativen für den Erhalt von Grün- und Freiflächen ein. DIE aNDERE wird dabei oft als Verbündete wahrgenommen. Über diese großen Themen hinaus gelang es uns, mit dem 11-Punkte-Programm eigene Themen in den Wahlkampf einzubringen. Das gilt insbesondere für unsere Forderung, die Beschäftigten im städtischen Klinikum endlich nach öffentlichem Tarif zu bezahlen. Aber auch die inakzeptablen Zustände in der Potsdamer Ausländerbehörde wurden durch DIE aNDERE im Wahlkampf zum Thema gemacht und endlich öffentlich diskutiert.

Wahlergebnis

Mit dem Ausgang der OB-Wahl kann DIE aNDERE sehr zufrieden sein. Mit 11,4 Prozent konnten wir erstmals ein zweistelliges Wahlergebnis erreichen. Zum ersten Mal landete unsere Potsdamer Wählergruppe auf dem vierten Platz und ließ mit der AfD und den Bündnisgrünen zwei Bundesparteien hinter sich. Wir konnten unsere Stimmanteile im Vergleich zur Kommunalwahl 2014 im gesamten Stadtgebiet verbessern.

Zwar bleibt „die Platte“ für uns ein schwieriges Pflaster, aber wir konnten dort unsere Stimmergebnisse fast überall verdoppeln – am Stern von 3,1 auf 8,0 Prozent, in Drewitz von 3,2 auf 7,2 Prozent, im Kirchsteigfeld von 2,5 auf 8,1 Prozent, in der Waldstadt I von 2,8 auf 6,6 Prozent und in der Waldstadt II von 4,7 auf 8,5 Prozent. Am Schlaatz konnten wir uns nach 5,6 Prozent im Jahr 2014 sogar auf ein zweistelliges Ergebnis verbessern und erreichten 10,2 Prozent.

Auch in den neuen Ortsteilen kommen wir langsam in Tritt. Immerhin konnten wir auch in Groß Glienicke von 2,1 auf 5,9 Prozent zulegen, in Eiche von 4,2 auf 6,9 Prozent, in Golm von 3,3 auf 8,7 Prozent, in Sacrow von 0 auf 5,3 Prozent, in Grube von 2,5 auf 6,5 Prozent, in Neu Fahrland von 3,8 auf 7,8 Prozent, in Fahrland von 2,5 auf 5,5 Prozent, in Marquardt von 2,8 auf 8,3 Prozent und in Uetz-Paaren sogar von 3,6 auf 15,1 Prozent.

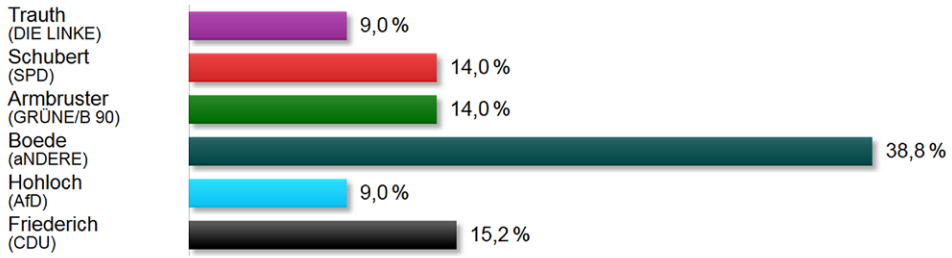
In der Nördlichen Innenstadt legten wir von 11,7 auf 16,2 Prozent zu, in der Südlichen Innenstadt von 11,1 auf 14,9 Prozent. Auch in der Brandenburger Vorstadt legten wir von 16,0 auf 17,7 Prozent zu und in Potsdam-West von 12,5 auf 16,7 Prozent. DIE aNDERE ist in diesen Stadtteilen inzwischen gut verankert und belegt nach SPD und Linken Platz 3.

Noch deutlich besser lief es aber in Babelsberg. Dort steigerten wir unser Kommunalwahlergebnis in Babelsberg Nord/Klein Glienicke von 11,4 auf satte 18,5 Prozent und in Babelsberg Süd von 10,4 auf 17,7 Prozent. Damit sind wir in beiden Stadtteilen hinter der SPD zweitstärkste Kraft geworden.

Ausblick

Unsere Wählergruppe hat bei der Oberbürgermeisterwahl einen Achtungserfolg geschafft. Dafür möchte ich mich noch einmal bei allen Beteiligten und Unterstützer*innen ganz herzlich bedanken. Die wichtigere Wahl bleibt für uns aber die Kommunalwahl im Mai 2019. Wir wollen so stark werden, dass wir endlich in allen Aufsichtsräten der städtischen Betriebe vertreten sind und so stark, dass die jetzige Rathauskooperation keine Mehrheit mehr dafür hat, den Ausverkauf der Stadt fortzusetzen. Wenn wir das Ergebnis der OB-Wahl wiederholen können, stehen die Chancen für einen Politikwechsel im Rathaus gut. In den letzten Wochen haben wir viele neue Mitstreiter*innen gewonnen, die im Mai auf unseren Listen antreten werden. Ich freue mich schon jetzt auf interessante Veranstaltungen, witzige Ideen und spannende Gespräche an den Wahlständen.

Eine andere Stadt ist möglich!



Kommunalwahl 2019. Die Messlatte liegt:
Endergebnis OB-Wahl 2018 Südliche Innenstadt – Finkenweg (Wahlbezirk 4207) – Dankeschön!
Quelle: *https://egov.potsdam.de/wahlen/app/bw2018hw.html*

Impressum

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wähler*innengruppe DIE aNDERE

Potsdam – Februar 2019

DIE aNDERE

An diesem Heft haben mitgewirkt: **LUTZ BOEDE, ANJA HEIGL, JAN KUPPERT, CARSTEN LINKE, ANNEGRET PANNIER, FRAUKE RÖTH, ARNDT SÄNDIG, STEN**

Gestaltung: **MARCUS GROßE** ▸ retrox@gmx.net

DIE aNDERE
c/o JAN WENDT
Dortustraße 1
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
@DIEaNDEREPotsdam

Eine andere Stadt ist möglich!

Kommunalwahl 2019

Am 26.Mai endlich mal DIE aNDERE wählen!

- Stadtentwicklung **Die Stadt ist kein Museum!**
- Wohnen **Miete schön statt Mitteschön**
- Kita und Schule **Gleiche Bildungschancen für alle Kinder**
- Umwelt- und Klimaschutz **Eine Frage der Gerechtigkeit**
- Mobilität **Mit weniger Verkehr besser mobil sein**
- Sport **Vorfahrt für den Jugend- und Breitensport**
- Kultur **Mehr als Schlösser und Schlosskopien**
- **Städtische Betriebe unter Bürger*innenkontrolle**
- **Echte Bürger*innenbeteiligung ist mehr als wählen lassen**
- **Integration, Inklusion und Teilhabe: Eine Stadt für Alle**

Mehr Infos und Wahlprogramm unter die-andere.org

DIE aNDERE